



Ingenieurbüro für Umweltplanung  
Dr. Jochen Karl GmbH

## **Stadt Neu-Anspach, Stadtteil Anspach**

### **Außenbereichssatzung „Schultheißhof“**

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Stand: 16. November 2017



Bearbeitung:

M. Sc. Lisa-Marie Weil

M. Sc. Markus Bucher

**Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Jochen Karl GmbH**

Beratender Ingenieur und Stadtplaner IngKH

Staufenberger Straße 27

35460 Staufenberg

Tel. (0 64 06) 92 3 29-0 [info@ibu-karl.de](mailto:info@ibu-karl.de)

**INHALT**

1	Rechtliche Rahmenbedingungen	3
1.1	Untersuchungsgegenstand	3
1.2	Verbotstatbestände und -regelungen	3
2	Beschreibung von Vorhaben und Plangebiet	5
3	Datengrundlage	6
4	Wirkungen des Vorhabens	6
5	Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten	7
5.1	Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	7
5.2	Europäische Vogelarten nach Art. 1 Vogelschutzrichtlinie	8
5.2.1	Artvorkommen	8
5.2.2	Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten	9
5.2.3	Artspezifische Prüfung für nicht allgemein häufige Vogelarten	10
5.3	Maßnahmen zur Vermeidung	14
5.4	Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG)	14
6	Literatur	14

Titelbild: Blick von Nordosten auf die bereits umgebaute Feldscheune.

## 1 Rechtliche Rahmenbedingungen

### 1.1 Untersuchungsgegenstand

Als besonders geschtzte Arten gelten gem. § 7 Abs. 2 BNatSchG (in der Fassung vom 29.07.2009) u. a. Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt werden, alle europäischen Vogelarten sowie Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG genannt sind, insbesondere also der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV<sub>2005</sub>). Als streng geschtzt gelten besonders geschtzte Arten, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (ersetzt durch EG VO 318/2008), in Anhang IV der FFH-Richtlinie oder in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Die Verordnung (EG) Nr. 338/97 dient dem Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels. Anhang A (ersetzt durch EG VO 318/2008) enthält – teilweise im Einklang mit den Anhängen der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie - eine Vielzahl von Arten, die weder in Anhang IV FFH-RL noch in der BArtSchV geführt werden, darunter Baumfalke, Turmfalke und Mäusebussard, Uhu, Steinkauz und Waldohreule, Schwarzstorch und Turteltaube. Sie sind somit – auch wenn die Intention der Verordnung eine andere ist – auch bei Eingriffsvorhaben relevant.

Anhang IV der FFH-RL umfasst „streng zu schtzende Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse“. Hierzu zählen u. a. alle in Deutschland beheimateten Fledermäuse, verschiedene Reptilien und Amphibien sowie Vertreter mehrerer wirbellosen Artengruppen wie Libellen und Schmetterlinge.

Darüber hinaus führt die Bundesartenschutzverordnung u. a. alle europäischen Reptilien und Amphibien und die überwiegende Zahl der Säugetiere (mit Ausnahme einzelner Kleinsäuger und Neozoen) als besonders geschtzt auf. Bei den Wirbellosen werden u. a. alle Arten der Gattungen *Coenonympha* (Wiesenvögelchen), *Colias* (Gelblinge), *Erebia* (Mohrenfalter), *Lycaena* (Feuerfalter), *Maculinea*, *Polyommatus* (Bläulinge), *Pyrgus* (Wrfeldickkopffalter) und *Zygaena* (Widderchen) aufgeführt, außerdem alle Prachtkäfer, Laufkäfer der Gattung *Carabus*, Bockkäfer und Libellen.

Die artenschutzrechtlichen Regelungen bezüglich der sog. „Verantwortungsarten“ nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erst mit Erlass einer neuen Bundesartenschutzverordnung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Zustimmung des Bundesrates wirksam, da die Arten erst in einer Neufassung bestimmt werden müssen. Wann diese vorgelegt werden wird, ist derzeit nicht bekannt.

### 1.2 Verbotstatbestände und -regelungen

Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschtzten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschtzten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeit erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschtzten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder sie zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschtzten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden kann. Insoweit liegt auch kein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 vor. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der besonders geschützten Arten gilt Satz 2 bis 4 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten als die in Anhang IV der FFH-RL oder die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführten Arten oder europäische Vogelarten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nicht vor.

§ 45 Abs. 7 BNatSchG bestimmt, dass die zuständigen Behörden von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen auch aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art zulassen können.

In seinem Urteil vom 14.07.2011 (sog. „Freiberg-Urteil“) hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die sog. Legal-Ausnahme in § 42 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG<sub>2007</sub><sup>1</sup> hinsichtlich des Tötungsverbot des § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG<sub>2007</sub> (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG<sub>2010</sub>) zumindest unionsrechtlichen Bedenken ausgesetzt sei, da die Norm nicht im Einklang mit Art. 12 Abs. 1a) FFH-Richtlinie stehe (vgl. o. g. Urteil, Rdnr. 119). Zur Begründung wird ausgeführt, dass Art. 12 Abs. 1a) FFH-RL keine der bundesgesetzlichen Norm entsprechende Begrenzung bzw. Einschränkung des Tötungsverbot enthalte.<sup>2</sup> In der Konsequenz ist § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG<sub>2010</sub> aus Gründen des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts nicht anwendbar, wann immer es zur Tötung oder Schädigung von Individuen der in Anhang IV FFH-Richtlinie bezeichneten Tierarten kommt (vgl. GELLERMANN 2012<sup>3</sup>). In diesen Fällen – d. h., immer dann, wenn von einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos auszugehen ist<sup>4</sup> – empfiehlt es sich bis auf Weiteres, den Verbotstatbestand als erfüllt anzusehen und das artenschutzrechtliche Ausnahmeverfahren nach § 45 Abs. 7 BNatSchG anzuwenden.<sup>5</sup> Dies gilt im Übrigen auch für Fang- und Umsiedlungsmaßnahmen zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verboten, da es – wie das BVerwG ausführt – selbst bei sorgfältigster Durchführung derartiger Maßnahmen nicht gelingt, sämtliche Individuen zu fangen und die Tötung einzelner Exemplare somit unausweichliche Folge sei.

---

<sup>1</sup>) Seit Inkrafttreten des BNatSchG<sub>2010</sub> § 44 Abs. 5 S. 2 BNatSchG: „[...] liegt ein Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wildlebender Tiere auch gegen das Verbot des Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.“

<sup>2</sup>) Der Tötungstatbestand war nach Auffassung des Gerichts im vorliegenden Fall erfüllt, da nach gutachterlicher Einschätzung nach Durchführung von Umsiedlungsmaßnahmen „ein nicht ganz geringer Teil der Zauneidechsen“ auf dem Baufeld verbleibt und dies den Schluss zuließ, dass „zumindest einzelne Tiere ... erdrückt werden“ (vgl. o. g. Urteil, Rdnr. 127). Die Frage nach der Vereinbarkeit des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG mit Art. 12 Abs. 1a) FFH-Richtlinie war im o. g. Urteil nicht entscheidungserheblich. Eine abschließende Klärung dieser Frage erfolgte mangels Erforderlichkeit nicht.

<sup>3</sup>) GELLERMANN, M. (2012): Fortentwicklung des Naturschutzrechts. Anmerkungen zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.7.2011 - 9 A 12.10 Ortsumgehung Freiberg. NuR (2012) 34: 34-37.

<sup>4</sup>) Hier wiederum ist das Urteil des BVerwG vom 08.01.2014, das sog. „Colbitz-Urteil“ beachtlich, in dem festgestellt wird, dass das Tötungsverbot nicht erfüllt wird, wenn das Tötungsrisiko nicht höher ist, als es für einzelne Tiere „insbesondere mit Blick auf natürliche Feinde auch sonst besteht“. Analog zur signifikanten Erhöhung des Kollisionsrisikos im Straßenverkehr tritt nach Auffassung des Gerichts der Tötungstatbestand nicht ein, wenn nach artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen das Tötungsrisiko bis auf die Schwelle des allgemeinen Lebensrisikos gesenkt wurde (Rdnr. 99).

<sup>5</sup>) Nach § 67 Abs. 2 BNatSchG kann von den Verboten des § 44 auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. § 67 Abs. 1 BNatSchG betrifft nur Vorhaben, die nicht unter die Ausnahmetatbestände des § 44 Abs. 5 BNatSchG fallen.

Aufgabe der artenschutzrechtlichen Prüfung ist die Klärung der Frage, ob von der Planung – unabhängig von allgemeinen Eingriffen in Natur und Landschaft – besonders oder streng geschtzte Tier- und Pflanzenarten im Sinne des § 44 BNatSchG betroffen sind, welche Beeinträchtigungen für die geschtzten Arten zu erwarten sind und ob sich für bestimmte Arten das Erfordernis und die Möglichkeit für eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt. Die Prüfung folgt dabei dem Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen (HMUELV 2009), der – da Bundesrecht betroffen ist – auch in Rheinland-Pfalz Anwendung finden kann.

Zu beachten ist schließlich auch der § 19 des Bundesnaturschutzgesetzes, der in Abs. 4 bestimmt, dass ein Verantwortlicher nach dem Umweltschadensgesetz, der eine Schädigung geschtzter Arten oder natürlicher Lebensräume verursacht, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gemäß Anhang II Nr. 1 der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden zu treffen hat.

Eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes ist nach § 19 Abs. 1 BNatSchG jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat. Abweichend von Satz 1 liegt eine Schädigung nicht vor bei zuvor ermittelten nachteiligen Auswirkungen von Tätigkeiten eines Verantwortlichen, die von der zuständigen Behörde nach den §§ 34, 35, 45 Abs. 7 oder § 67 Abs. 2 oder, wenn eine solche Prüfung nicht erforderlich ist, nach § 15 oder auf Grund der Aufstellung eines Bebauungsplans nach § 30 oder § 33 des Baugesetzbuchs genehmigt wurden oder zulässig sind.

Arten im Sinne des Absatzes 1 sind gem. Abs. 2 diejenigen Arten, die in Art. 4 Abs. 2 VSchRL, Anhang I VSchRL oder den Anhängen II und IV der FFH-RL aufgeführt sind.

## 2 Beschreibung von Vorhaben und Plangebiet

Der Eigentümer des „Schultheihofes“ im Stadtteil Anspach beabsichtigt den Umbau und die Nutzungsänderung seines Hofes. Aus diesem Grund stellt die Stadt eine Außenbereichssatzung auf. Konkret dient diese der Legalisierung des Umbaus der Feldscheune, des Umbaus des vorhandenen Schweinestalls zur Personalwohnung der Gaststätte und des Umbaus des vorhandenen Silobauwerks zur Wohnung.

Auf dem Gelände des Schultheihofes finden sich ein Wohnhaus mit Carport (Abb. 1, Nr. A), ein ehemaliges landwirtschaftliches Gebäude, das unter anderem als Gaststätte genutzt wird sowie eine Feldscheune. Das Gebiet hat einen landwirtschaftlichen Charakter und weist mit den Gärten, der Streuobstwiese und den Gehölzen eine hohe Strukturvielfalt auf.

### Feldscheune (Abb. 1, Nr. G)

Nach dem umgesetzten Umbau besteht das Dach aus einer großformatigen Blechdeckung (braunrot beschichtet) mit konstruktiver Wärmedämmung. Die Wandflächen der geschlossenen Gebäudeteile sind mit Holzschalung (Stlpschalung) verkleidet.



### Gllesilo (Abb. 1, Nr. F)

Die Bauweise des Silogebudes ist aus Stahlbeton und hat nach oben hin einen offenen Abschluss (fehlendes Dach).



### Das ehemalige landwirtschaftlich genutzte Gebäude (Abb. 1, Nr. B, C, D und E)

Aktuell wird der westliche Teil des Gebäudes als Gaststätte bzw. als Abstellfläche für zwei Ackerwagen und einen Traktor genutzt (B und C). Der ehemalige Schweinestall (E) und die weiteren Teile des Gebäudes dienen zurzeit als Abstellfläche des Gastronomiebetriebes (D).



## 3 Datengrundlage

Im Frühjahr 2017 (Tab. 1) wurden vom INGENIEURBÜRO FÜR UMWELTPLANUNG Untersuchungen zur Erfassung der Brutvögel durchgeführt sowie Begehungen der einzelnen Gebäude, um eine mögliche Betroffenheit von Arten und Fortpflanzungs- und Ruhestätten an und im Gebäude (vor allem Vögel und Fledermäuse) feststellen zu können. Da es sich bei dem Vorhaben vor allem um diverse Umbauten von Gebäuden handelt, ist das Spektrum möglicher artenschutzrelevanter Artvorkommen erfahrungsgemäß abgedeckt. Die Datenbasis ist somit ausreichend.

**Tab. 1:** Begehungstabelle für die tierkologischen Aufnahmen (IBU 2017).

Datum	Beginn	Ende	Dauer	Temp. (°C)	Wind (bft)	Richtung
24.03.2017	11:00	13:15	2,25 Std.	9	4	NO
23.05.2017	10:00	14:00	4 Std.	23	3	SW

## 4 Wirkungen des Vorhabens

Mögliche artenschutzrelevante Eingriffe ergeben sich durch den direkten Verlust von Habitaten, dabei weniger für die Brut- und Versteckmöglichkeiten in den Bäumen als vielmehr die Nutzungsänderung und den Umbau von vorhandenen Gebäuden. Da aber eine potenzielle Bebauung mit einem Wohnhaus auf den Flurstücken 14/7, 14/8, 14/10, 14/11, 14/12, 14/13 und 14/14 möglich ist, kann mit dieser Umsetzung auch ein Verlust von Brut- und Versteckmöglichkeiten einhergehen.

Da durch den Umbau und die Nutzungsänderungen nichts an der grundsätzlichen Funktion des Hofes geändert wird, ändern sich auch die funktionalen Beziehungen zum direkten Umfeld nicht. Zusätzliche Störwirkungen sind nur für das Plangebiet selbst anzunehmen, da sich aufgrund des Neubaus von zwei Wohnungen mehr Menschen im Gebiet aufhalten. Es handelt es sich hier formal um „betriebsbedingte Störungen“.

Der Verlust von Nahrungshabitaten ist per se zwar nicht als Verstoß gegen die Bestimmungen des Artenschutzes zu werten. Führt die Umsetzung eines Vorhabens jedoch zur Aufgabe einer geschützten Lebensstätte, unterliegt auch die Beeinträchtigung eines Jagdreviers den Verboten des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG<sup>6</sup>. Störungen sind somit nicht nur im Hinblick auf den Tatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG beachtlich (und damit an die Gefährdung der Lokalpopulation streng geschützter Arten gekoppelt). Vorliegend ist aber nicht davon auszugehen, dass Nahrungshabitate geschützter Arten in nennenswerter Weise betroffen sein werden, da aufgrund der Planung nur geringfügig Sträucher bzw. Vegetation verloren geht. Der bereits umgesetzte Umbau der Feldscheune führte zu neuen potenziellen Brutmöglichkeiten für Vögel. Es kam bereits zur Ansiedlung von Rauchschwalben innerhalb der Feldscheune.

**Tab. 1:** Grundsätzliche, in Kap. 5 näher zu betrachtende Wirkfaktoren des Vorhabens\*

Wirkfaktor	Mögliche Auswirkungen
Baubedingt	• Gefährdung von Individuen im Baubetrieb (Befahren)
	• Störwirkungen im Plangebiet (Lärm, Staub, Licht, Bewegungsstörungen)
	• Störwirkungen auf Umgebung (Lärm, Staub, Licht, Bewegungsstörungen)
Anlagebedingt	• Verlust von Habitatstrukturen
	• Flächenverlust
	• Verlust von Pufferräumen und Nahrungshabitaten
Betriebsbedingt	• Störwirkungen im Plangebiet
	• Störwirkungen durch Zunahme von Besuchern in der Umgebung

\*) Farbig dargestellt ist die aufgrund der Biotopstruktur zu erwartende Relevanz (grün: gering | gelb: mäßig | rot: hoch)

## 5 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten

### 5.1 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Fledermäuse konnten während der Begehungen nicht nachgewiesen werden. Jedoch bieten die Gebäude A, D und E potenzielle Tagesversteckmöglichkeiten. Vor allem im Bereich der Abstellfläche der Gastronomie (Nr. D) und des ehemaligen Schweinestalls (Nr. E) sind Einflugmöglichkeiten vorhanden, hier fehlen jedoch die nötigen Spaltenverstecke und Hohlräume, in denen sich Fledermäuse verstecken könnten. Während der Begehung fanden sich auch keine Hinweise auf eine Nutzung durch Fledermäuse. Das Wohnhaus (Nr. A) bietet sowohl im Traufbereich als auch hinter der Schieferverkleidung mögliche Tagesverstecke, Quartiervorkommen können hier nicht ausgeschlossen werden. Das Wohnhaus fällt zwar in den Bereich der möglichen Errichtung eines Wohngebäudes, jedoch sieht die Planung hier keine Änderungen vor. Sollten in Zukunft jedoch Änderungen vorgenommen werden, muss in diesem Fall eine Artenschutzrechtliche Prüfung für das Gebäude durchgeführt werden, da der Artenschutz auch im Rahmen der gültigen Satzung beachtet werden muss.

<sup>6</sup>) BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008, Az.: 9 VR 9.07 „A4 bei Jena“.

Potenziell besteht aber die Möglichkeit, dass sich im ehemaligen Schweinestall (Abb. 1, Nr. E) und in Gebäudeteil D Einzeltiere in den Gebäuden aufhalten. Verstecke von Einzeltieren häufiger Arten fallen per se aber nicht unter das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, weil hier von ausreichendem Ersatz in der Umgebung auszugehen ist (Legal Ausnahme).

In den Randbereichen des Geltungsbereiches sind Heckenstrukturen vorhanden, die ein Vorkommen der streng geschtzten Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*) ermöglichen. Da diese aber nicht in den Bereich fallen, in dem ein Wohnhaus samt Nebenanlagen errichtet werden darf, sind hier keine Auswirkungen auf mögliche Vorkommen möglich. Streng geschtzte Arten mit Lebensschwerpunkt auf Sonderstandorten wie die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) sind im Gebiet nicht zu erwarten.

## 5.2 Europäische Vogelarten nach Art. 1 Vogelschutzrichtlinie

### 5.2.1 Artvorkommen

Im Plangebiet wurden 14 Vogelarten mit Brutverdacht oder -nachweis und der Bluthänfling als Nahrungsgast festgestellt.

**Tab. 1:** Artenliste der Vögel im Plangebiet und seiner näheren Umgebung

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Sta- tus	Rote Liste		EHZ HE
		UG	HE	RLD	
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	b	-	-	FV
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	B	-	-	FV
Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	b	V	-	U1
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	b	-	-	FV
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	b	-	-	FV
Rauchschalbe	<i>Hirundo rustica</i>	B	3	V	U1
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	b	-	-	FV
Mnchsgrasmcke	<i>Sylvia atricapilla</i>	b	-	-	FV
Dorngrasmcke	<i>Sylvia communis</i>	b	-	-	FV
Zaunknig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	b	-	-	FV
Amsel	<i>Turdus merula</i>	b	-	-	FV
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	b	V	V	U1
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	b	-	-	FV
Bluthnfling	<i>Carduelis cannabina</i>	n	3	V	U2
Wacholderdrossel	<i>Turdus pilaris</i>	B	-	-	U1
<b>Legende:</b>					
<b>Vorkommen (St)</b> (nach SÜDBECK ET AL.)		<b>Rote Liste:</b>		<b>Erhaltungszustand in Hessen (EHZ):</b>	
b: Brutverdacht	zu prüfende Arten im Sinne HMUELV (2009)	D: Deutschland (2016) <sup>7)</sup>		FV günstig U1 ungünstig bis unzureichend U2 unzureichend bis schlecht	
B: Brutnachweis		HE: Hessen (2014) <sup>8)</sup>			
n: Nahrungsgast		0: ausgestorben 1: vom Aussterben bedroht 2: stark gefährdet			
UG: Untersuchungsgebiet		3: gefährdet V: Vorwarnliste		Aufnahme: M. Sc. Markus Bucher	

<sup>7)</sup> Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 5. gesamtdeutsche Fassung 2016.

<sup>8)</sup> HMUKLV (Hrsg.; 2014): Rote Liste der bestandsgefhrdeten Brutvogelarten Hessens. 10. Fassung. Wiesbaden.

Hervorzuheben ist das Vorkommen der Rauchschnalben mit Brutnachweis im Untersuchungsgebiet. Während der Begehungen konnten zwei Rauchschnalben sowie einige Nester innerhalb der Feldscheune (Abb. 1, Nr. G) nachgewiesen werden. Da die Feldscheune bereits umgebaut wurde, sind keine Änderungen oder Umbaumaßnahmen vorgesehen. Jedoch liegt diese in dem Bereich, wo ein Gebäude errichtet werden kann. Sofern künftig eine Umnutzung oder ein Umbau der Feldscheune erfolgen soll, sind die artenschutzrechtlichen Bestimmungen auch im Rahmen der gültigen Satzung zu beachten.

Im Zuge der Begehungen konnte der Hausrotschnalben verhört werden, der laut Angaben des Besitzers im an das Wohnhaus angrenzende Carport brütet. Auch der Haussperling wurde während den Begehungen im Gebiet beobachtet. Es ist also wahrscheinlich, dass auch er sporadisch oder regelmäßig in der an den Gebäuden brütet. Ein Zeitpunkt für Umbaumaßnahmen an den Gebäuden ist zurzeit noch nicht absehbar, sodass eine abschließende Klärung eventueller artenschutzrechtlicher Erfordernisse erst im Vorfeld eines Vorhabens möglich ist. Hierbei gilt, dass betroffene Gebäude oder Gebäudeteile rechtzeitig vor Beginn der Maßnahmen noch einmal auf mögliche Brutvorkommen hin zu untersuchen sind. Im Fall eines Brutnachweises oder eines Brutverdachtes (z. B. auch von Schnalben) ist das weitere Vorgehen mit der UNB abzustimmen. Unabhängig hiervon gilt, dass pro vorgefundener potenzieller Quartierstandort drei geeignete Ersatzquartiere zu schaffen sind. Diese können in Form geeigneter Nistkästen an vergleichbaren Standorten (unterhalb der Traufe) errichtet werden. Ergänzend sei auf die Bauzeitenbeschränkung (Vermeidungsmaßnahmen M1 und M2 in Kap. 5.3) hingewiesen.

In unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Schweinestall konnte in einem Weißdorn ein besetztes Nest einer Wachholderdrossel gefunden werden. Hier besteht die Möglichkeit ein Wohnhaus zu errichten. Da aber genug gleichwertige Strukturen im Gebiet vorhanden sind, die nicht in den Bereich der möglichen Errichtung des Wohnhauses fallen, ist davon auszugehen, dass die ökologische Funktion weiter erhalten bleibt und die Legalausnahme greift.



**Abb. 1:** Ausgehendes Gefährdungspotenzial der einzelnen Gebäude bei Veränderung bzw. Umbau für streng geschtzte Arten.

### 5.2.2 Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten

Die Arten sind zwar grundsätzlich einzeln auf ihre Betroffenheit durch ein Vorhaben und die Wahrung der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang zu prüfen. Zur Vereinfachung ist aber eine Anpassung des Prfniveaus (Abschichtung) an die naturschutzfachliche Bedeutung der jeweiligen Art und an die nationale Verantwort-

tung für eine Art statthaft. Auch ist eine zusammenfassende Bearbeitung von Arten mit ähnlichen Ansprüchen in ökologischen Gilden möglich, wenn deren Erhaltungszustand günstig ist und sie nicht auf der Roten Liste geführt werden. Für diese Arten kann aufgrund ihrer Häufigkeit und Anpassungsfähigkeit davon ausgegangen werden, dass die ökologische Funktion ihrer Lebensstätten gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG weiterhin vorhanden bzw. im Falle einer Störung keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der jeweiligen Lokalpopulation gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG durch den Eingriff zu erwarten ist. Der Verbotstatbestand der direkten Gefährdung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG hat keine Relevanz, da er durch entsprechende Bauzeitenregelungen vermieden werden kann.

**Tab. 2:** Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	potenziell betroffen nach BNatSchG § 44 Abs. 1 Nr.			Bemerkungen
		1	2	3	
<b>Gastvögel</b>					
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>				als Gastvögel nicht betroffen
<b>Höhlen- und Nischenbrüter</b>					
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>				möglicher Verlust potenzieller Brutmöglichkeiten durch Schnittmaßnahmen falls ein neues Wohnhaus errichtet werden soll; Verluste sind wegen des reichen Vorkommens geeigneter Habitate in der Umgebung unerheblich.
Kohlmeise	<i>Parus major</i>				
<b>Gebäudebrüter</b>					
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>				Verlust von Brutplätzen bei der Umsetzung der Umbaumaßnahmen. Da diese Art aber entweder jährlich neue Niststätten bildet oder bei Störungen regelmäßig neu nisten kann und in der Umgebung weitere Gebäude zur Verfügung stehen, wird der Verbotstatbestand nicht erfüllt.
<b>Freibrüter des gehlzdurchsetzten Offenlandes</b>					
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>				Verlust von potenziellen Brutplätzen im Gebusch. Da die Arten aber entweder jährlich neue Niststätten bilden oder bei Störungen regelmäßig neu nisten können und in der Umgebung adquate Habitatstrukturen zum Ausweichen zur Verfügung stehen, wird der Verbotstatbestand nicht erfüllt.
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>				
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>				
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>				
Amsel	<i>Turdus merula</i>				
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>				
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>				

### 5.2.3 Artspezifische Prüfung für nicht allgemein häufige Vogelarten

Nach HMUELV (2009) ist die Betroffenheit von Arten, die nicht als allgemein häufig gelten, einzeln oder in Gilden von Arten mit ähnlichen Habitatansprüchen und Empfindlichkeiten zu prüfen. Dies gilt für

- Arten, die in der Roten Liste von Deutschland (2016) oder Hessen (2014) geführt werden (außer ausgestorbene oder verschollene Arten bzw. Arten der Vorwarnliste)
- Arten nach Anhang I der Vogelschutz-Richtlinie
- Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 Vogelschutz-Richtlinie
- streng geschtzte Arten nach BArtSchV
- Koloniebrüter
- Arten, für die Deutschland oder Hessen eine besondere Verantwortung tragen

Einer artbezogenen Prüfung sind folglich der Stieglitz, die Rauchschnalbe, der Haussperling und die Wacholderdrossel zu unterziehen. Der Stieglitz und die Wacholderdrossel brüten zwar in den angrenzenden Gehölzen, die direkt von den geplanten Umbaumaßnahmen nicht betroffen sind, da aber jedoch die Möglichkeit der Errichtung eines Wohnhauses auch in diesen Bereichen besteht, werden die Artprfungen nachfolgend dennoch vorgenommen. Sie repräsentiert damit auch das (in diesem Fall sehr geringe) Gefährdungspotenzial für all die Arten, die formal keiner Betrachtung bedürfen.

Die nachfolgenden artbezogenen Bewertungsbögen geben eine Übersicht über die Eintrittswahrscheinlichkeit der artenschutzrechtlich beachtlichen Tatbestände und – im Falle des absehbaren Eintritts eines Verbotstatbestandes (rot) – eine Aussage über die Notwendigkeit und prognostizierte Wirksamkeit konfliktvermeidender bzw. vorlaufender Kompensationsmaßnahmen (CEF). Die drei in § 44 Abs. 1 BNatSchG unterschiedenen Zugriffsverbote (s. oben) sind hierbei in Spalten differenziert. Die farbigen Markierungen ergeben hierbei für jede Spalte einen Bewertungspfad. So wird deutlich, dass z.B. das Fehlen einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Art im Wirkraum (=direktes Eingriffsgebiet zzgl. randlich beeinflusster Bereiche) zwar das Verbot der Nummer 3 (Habitatzerstörung i.e.S.) bereits ausschließt (grün), im Hinblick auf das Störungsverbot aber alleine nicht ausreicht (gelb). Erst, wenn individuelle Gefährdungen infolge genehmigungsinduzierter Maßnahmen (Baubetrieb, spätere Nutzung) oder Randeffekte ausgeschlossen werden können, bedürfen auch die Verbotstatbestände der Nummern 1 (Tötung) und 2 (populationsrelevante Störung) keiner weiteren Betrachtung mehr. In diesem Fall endet der Pfad grau. Lassen sich Verbote nicht ausschließen, so sind – in dieser Reihenfolge - die Wirksamkeit der sog. Legalausnahme (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG), die Möglichkeit wirksamer CEF-Maßnahmen (§ 45 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG) und die Ausnahmebedingungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen.

Stieglitz ( <i>Carduelis carduelis</i> )				§ 44 Abs. 1 Nr.		
Der Stieglitz nutzt vor allem Hochstaudenfluren als Nahrungsquelle und hält sich gerne in halboffenen, mosaikartig strukturierten Landschaften auf. Als Freibrüter legt er sein Nest stets gut gedeckt in Laubbäumen, gelegentlich auch in Bsche. Aufgrund der Intensivierung der Landwirtschaft, der Flurbereinigung und das immer häufigere Fehlen von Kraut- und Staudenfluren gehen die Bestnde zurück.				1	2	3
<b>Status im Wirkraum des Eingriffs</b>	Art	nachgewiesen	möglich			
	Fortpflanzungs- und Ruhestätten	nachgewiesen	möglich			
	sonstiger Populationsschwerpunkte	gewiss	möglich			
<b>Individuelle Gefährdung</b>	innerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (anlagenbedingt)	gewiss	möglich			
	außerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (bau- und betriebsbedingt)	gewiss	möglich			
<b>Tatbestand tritt ungeachtet der Legalausnahme nach § 44 Abs. 5 BNatSchG ein:</b>				nein	nein	nein
Die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt in der Umgebung erhalten:						
<b>Tatbestand tritt ohne Maßnahmen ein:</b>						
Konfliktvermeidende Maßnahmen vorgesehen und wirksam: Biotopverbesserung vor Ort						
<b>Tatbestand tritt nach konfliktvermeidenden Maßnahmen ein:</b>						
CEF-Maßnahmen vorgesehen und offensichtlich wirksam:						
<b>Tatbestand tritt nach Durchführung von CEF-Maßnahmen ein:</b>						
Ausnahmebedingungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllbar:						
<b>Artenschutzrechtliche Ausnahme möglich:</b>						

<b>Rauchschwalbe (<i>Hirundo rustica</i>)</b>				<b>§ 44 Abs. 1 Nr.</b>		
Die Rauchschwalbe brütet im inneren von Gebäuden und da in Viehstllen, die bereits früh ein hohes Insektenaufkommen vorweisen. Bestandsrückgänge werden hauptsächlich durch den Verlust von Brutplätzen verursacht, da die Viehhaltung immer mehr zurückgeht. Zusätzlich werden die Rauchschwalben während des Zugs und der Überwinterung gejagt.				1	2	3
<b>Status im Wirkraum des Eingriffs</b>	Art	nachgewiesen	möglich			
	Fortpflanzungs- und Ruhestätten	nachgewiesen	möglich			
	sonstiger Populationsschwerpunkte	gewiss	möglich			
<b>Individuelle Gefährdung</b>	innerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (anlagenbedingt)	gewiss	möglich			
	außerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (bau- und betriebsbedingt)	gewiss	möglich			
<b>Tatbestand tritt ungeachtet der Legalausnahme nach § 44 Abs. 5 BNatSchG ein:</b>					nein	
Die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt in der Umgebung erhalten:						
<b>Tatbestand tritt ohne Maßnahmen ein:</b>				9		
Konfliktvermeidende Maßnahmen vorgesehen und wirksam: Biotopverbesserung vor Ort						
<b>Tatbestand tritt nach konfliktvermeidenden Maßnahmen ein:</b>						
CEF-Maßnahmen vorgesehen und offensichtlich wirksam:						
<b>Tatbestand tritt nach Durchführung von CEF-Maßnahmen ein:</b>						
Ausnahmebedingungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllbar:						
<b>Artenschutzrechtliche Ausnahme möglich:</b>						

<b>Haussperling (<i>Passer domesticus</i>)</b>				<b>§ 44 Abs. 1 Nr.</b>		
Der Haussperling ist als typischer Gebudebewohner der Altortslagen seltener geworden, wobei der Rückgang des Nahrungsangebots eine ebenso große Rolle spielen dürfte wie der Verlust von Brutmöglichkeiten an den Fassaden und Dächern moderner Häuser.				1	2	3
<b>Status im Wirkraum des Eingriffs</b>	Art	nachgewiesen	möglich			
	Fortpflanzungs- und Ruhestätten	nachgewiesen	möglich			
	sonstiger Populationsschwerpunkte	gewiss	möglich			
<b>Individuelle Gefährdung</b>	innerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (anlagenbedingt)	gewiss	möglich			
	außerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (bau- und betriebsbedingt)	gewiss	möglich			
<b>Tatbestand tritt ungeachtet der Legalausnahme nach § 44 Abs. 5 BNatSchG ein:</b>					nein	
Die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt in der Umgebung erhalten:						
<b>Tatbestand tritt ohne Maßnahmen ein:</b>						
Konfliktvermeidende Maßnahmen vorgesehen und wirksam: Biotopverbesserung vor Ort						
<b>Tatbestand tritt nach konfliktvermeidenden Maßnahmen ein:</b>				nein		nein
CEF-Maßnahmen vorgesehen und offensichtlich wirksam:						
<b>Tatbestand tritt nach Durchführung von CEF-Maßnahmen ein:</b>						
Ausnahmebedingungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllbar:						
<b>Artenschutzrechtliche Ausnahme möglich:</b>						

<sup>9)</sup> Eine Aussage zum Eintritt von Verbotstatbestand Nr. 1 und 3 kann nicht endgültig getroffen werden, da wie in Kap. 5.2.1 erläutert nicht abschließend geklärt werden kann, ob in Zukunft ein weiterer Umbau der Feldscheune erfolgen soll.

<b>Wacholderdrossel (<i>Turdus pilaris</i>)</b>				<b>§ 44 Abs. 1 Nr.</b>		
Die Wacholderdrossel bevorzugt halboffene Kulturlandschaften mit kurzrasigen Wiesen oder Weiden mit angrenzenden Waldrändern, Feldgehölzen aber auch Streuobstbeständen und Baumbeständen. Ihr Nest baut sie frei in Laub- oder Nadelbäumen, aber auch in hohen Sträuchern, wo es meist exponiert in Stammgabelungen oder auf starken Ästen am Stamm angebracht wird.				<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
<b>Status im Wirkraum des Eingriffs</b>	Art	nachgewiesen	möglich			
	Fortpflanzungs- und Ruhestätten	nachgewiesen	möglich			
	sonstiger Populationsschwerpunkte	gewiss	möglich			
<b>Individuelle Gefährdung</b>	innerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (anlagenbedingt)	gewiss	möglich			
	außerhalb von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (bau- und betriebsbedingt)	gewiss	möglich			
<b>Tatbestand tritt ungeachtet der Legalausnahme nach § 44 Abs. 5 BNatSchG ein:</b>					nein	
Die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt in der Umgebung erhalten:						
<b>Tatbestand tritt ohne Maßnahmen ein:</b>				nein		nein
Konfliktvermeidende Maßnahmen vorgesehen und wirksam: Biotopverbesserung vor Ort						
<b>Tatbestand tritt nach konfliktvermeidenden Maßnahmen ein:</b>						
CEF-Maßnahmen vorgesehen und offensichtlich wirksam:						
<b>Tatbestand tritt nach Durchführung von CEF-Maßnahmen ein:</b>						
Ausnahmebedingungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllbar:						
<b>Artenschutzrechtliche Ausnahme möglich:</b>						

Im Ergebnis werden Stieglitz und Wacholderdrossel gleichermaßen beurteilt: Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um Umbaumaßnahmen und Nutzungsänderungen von bestehenden Gebäuden handelt und dafür nur geringfügig Sträucher entfernt werden müssen, werden keine Habitate dieser Arten zerstört. Sollte es jedoch zum Neubau eines Wohnhauses in dem dafür ausgewiesenen Bereich kommen, hat dies keine Auswirkungen, da dann die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden kann und dies keine erheblichen Auswirkungen hat.

Für den Haussperling treten keine Verbotstatbestände ein, wenn die Umbaumaßnahmen an den Gebäuden im Winter, also außerhalb der Brutzeit, stattfinden und im Vorfeld neue Nistangebote geschaffen werden (vgl. S. 9). Der Umbau des Silos zur Wohnung fällt hingegen nicht darunter, da hier kein Potenzial für Brutmöglichkeiten vorhanden ist.

Für die Rauchschatzwe, die aktuell im Pferdestall brütet, sind Auswirkungen derzeit nicht zu erwarten, da die den übrigen Gebäuden für die Art keine Eignung besitzen.

### 5.3 Maßnahmen zur Vermeidung

Folgende Vorkehrungen werden vorgesehen, um Gefährdungen der nach den hier einschlägigen Regelungen geschtzten Tier- und Pflanzenarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung der Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG in Kap. 5.1 und 5.2 erfolgte unter Berücksichtigung folgender Vorkehrungen:

M1	Sämtliche Rück- und Umbaumaßnahmen an Gebäuden (außer Silos) erfolgen außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres
M2	Sämtliche Fll- und Rodungsmaßnahmen erfolgen außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres, im Falle potenziell betroffener Winterquartiere von Fledermäusen im Oktober/November und März. <sup>10</sup> Ausnahmen sind mit der Naturschutzbehörde im Einzelfall abzustimmen und mit einer ökologischen Baubegleitung abzusichern.
M3	Alle außerhalb der Baufelder liegenden Biotopbereiche, insbesondere die Streuobstwiese im Nordwesten, werden bei den Bauarbeiten geschont, d.h. weder befahren, noch als Lagerflächen genutzt.

### 5.4 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

(vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)

Eine abschließende Klärung eventueller artenschutzrechtlicher Erfordernisse kann erst im Vorfeld eines von dieser Satzung ermöglichten Vorhabens erfolgen. Hierbei gilt:

Von Abriss, Um- oder Anbaumanahmen betroffene Gebäude oder Gebäudeteile sind zeitnah und rechtzeitig vor Beginn der Maßnahmen auf mögliche Brutvorkommen von Vögeln und Quartiere von Fledermäusen hin zu untersuchen. Im Fall des Nachweises oder eines Verdachts auf eine entsprechende Brut- oder Ruhestätte ist das weitere Vorgehen mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen. Unabhängig hiervon gilt, dass pro vorgefundene potenziellen Quartierstandort drei geeignete Ersatzquartiere zu schaffen sind. Diese können in Form von Nistkästen an vergleichbaren Standorten errichtet werden. Sie sind dauerhaft zu erhalten.

## 6 Literatur

- BAUER, H.-G., E. BEZZEL & W. FIEDLER (Hrsg., 2012): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Ein umfassendes Handbuch zu Biologie, Gefährdung und Schutz. Einbndige Sonderausgabe der 2. vollständig überarbeiteten Auflage von 2005. – WIEBELSHEIM (Aula).
- BÜCHNER, S. (2010): Bundes- und Landesmonitoring 2010 zur Verbreitung der Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*) in Hessen (Art des Anhanges IV der FFH-Richtlinie). Im Auftrag von HessenForst FENA, Gießen.
- DIETZ C., O. V. HELVERSEN & D. NILL (2007): Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. Biologie, Kennzeichen, Gefährdung. Stuttgart (Kosmos).
- HAUPT, H., G. LUDWIG, H. GRUTKE, M. BINOT-HAFKE, C. OTTO & A. PAULY (Red., 2009): Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands. Band 1: Wirbeltiere. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 70 (1).
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (HMUELV, Hrsg., 2009): Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen. Umgang mit den Arten des Anhangs IV der FFH-RL und den europäischen Vogelarten in Planungs- und Zulassungsverfahren. Wiesbaden.
- SÜDBECK, P., H. ANDRETZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (Hrsg., 2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.

<sup>10)</sup> Gemeint sind hier nur sporadische Quartiere von Eintierern, die nicht im Vorfeld diagnostiziert werden können, wie Holzhaufen, Nistkästen oder Schuppenverkleidungen. Tradierte Quartiere unterliegen dem Schutz des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, ihre Entfernung erfordert eine artenschutzrechtliche Ausnahme.